



2. Satzung zur Änderung der Satzung „Allgemeine Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif“ vom 02.04.2024

Die Verbandsversammlung hat gemäß § 8 Abs. 4 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1979 (GV. NRW S. 621), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in Verbindung mit den §§ 7 und 41 Abs. 1 Satz 2 Buchst. f) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. April 2022 (GV. NRW. S. 490), in ihrer Sitzung am 15.03.2024 folgende 2. Änderung der Satzung „Allgemeine Vorschrift über die Festsetzung des Deutschlandtickets als Höchsttarif“ beschlossen:

Artikel 1 Änderung der Satzung

1. In Ziffer 1 (Rechtsgrundlagen) wird der Nebensatz „sowie § 5 Absatz 3 i.V.m. Absatz 1 ÖPNVG NRW i.V.m. § 3 Absatz 2 Satz 3 der Satzung des Zweckverbandes go.Rheinland, jeweils“ gestrichen.
2. In Ziffer 2 (Gemeinwirtschaftliche Verpflichtung) wird in Unterziffer 2.1 die Angabe „ÖPNV“ durch die Angabe „öffentlichen Straßenpersonennahverkehr (ÖSPV)“ ersetzt.
3. In Ziffer 6 (Abwicklung der Ausgleichsleistungen) wird in Unterziffer 6.3 Satz 2 die Angabe „9 Prozent“ durch die Angabe „8 Prozent“ ersetzt.

Artikel 2 Inkrafttreten

Die Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Der Vorstandsvorsitzer bestätigt gemäß § 8 Abs. 4 GkG NRW i.V.m. § 7 Abs. 4 und 5 GO NRW i. V. m. § 2 Abs. 3 und § 9 Bekanntmachungsverordnung NRW (BekanntmVO NRW), dass der Wortlaut der Satzung mit dem Beschluss übereinstimmt, den die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am

15.03.2024 beschlossen hat, und dass gemäß § 2 Absatz 1 und 2 BekanntmVO NRW verfahren worden ist. Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 8 Absatz 4 GkG NRW i.V.m. § 7 Absatz 6 GO NRW eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

1. eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt,
2. diese Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden,
3. der Verbandsvorsteher hat den Beschluss der Verbandsversammlung vorher beanstandet oder
4. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber dem Zweckverband vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Köln, den 02.04.2024

gez. Schuster

Der Verbandsvorsteher